

# ARCHIPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums

## MIGRATION

### Sklaverei in Libyen

**Im November 2017 kam es infolge der Ausstrahlung einer Reportage der sudanesisch-britischen Journalistin Nima Elbagir über die derzeit in Libyen praktizierte Sklaverei zu mehreren offiziellen Reaktionen betroffener Staaten. Was sind jedoch die politischen Faktoren für diese Situation in Libyen?**

Mali hat prompt am 19. November 2017, fünf Tage nach der Ausstrahlung der Reportage, seinen Botschafter aus Libyen abgezogen und den libyschen Geschäftsträger in Bamako zum Protest einbestellt. Das Nachbarland Burkina Faso folgte einen Tag später mit dem Abzug seines diplomatischen Vertreters in Tripolis, Abraham Traoré, «für Beratungen». Frankreichs Präsident Emmanuel Macron sprach seinerseits am 22. November – in Gegenwart seines malischen

Amtskollegen Ibrahim Boubacar Keïta («IBK») – von «Verbrechen gegen die Menschheit» in Libyen und forderte die Einberufung einer Sondersitzung des UN-Sicherheitsrats.

Dies sind nur einige der offiziellen Reaktionen von staatlicher Seite, die auf die Ausstrahlung einer Reportage der sudanesisch-britischen Journalistin Nima Elbagir beim US-amerikanischen Sender CNN über die derzeit in Libyen praktizierte Sklaverei erfolgten. Die libysche «Einheitsregierung» unter Faiez Sarraj – dessen Legitimität unter anderem mit einer weiteren Regierung in Tobruk und ihres «starken Mannes», des Marschalls Khalifa Haftar, konkurriert – ordnete eine offizielle «Untersuchung» an.

Die Reportage der CNN-Journalistin war am 14. November 2017 ausgestrahlt worden.<sup>1</sup> Sie erbrachte erstmals den konkreten Nachweis der Existenz von nicht nur sklavereiähnlichen Arbeitsverhältnis-

sen, sondern buchstäblich von Versklavung. Zu sehen war etwa der mit versteckter Kamera gefilmte Verkauf von zwei aus Nigeria stammenden Migranten für 1'200 libysche Dinar, umgerechnet rund 700 Euro, bei einer Art Auktion. Insgesamt zwölf aus Nigeria stammende Menschen seien auf diese Art unter ihren Augen verkauft worden, berichtete Elbagir. Bis dahin war zwar die Existenz von sklavereiförmigen Arbeitsbeziehungen für aus Subsahara Immigrierte in Libyen vermutet worden, doch es waren keine definitiven Beweise dafür vorhanden.

## Rassismus

Im zerfallenen Staat Libyen, wo lokale bewaffnete Milizen das vormalig staatliche Gewaltmonopol oft auf örtlicher Ebene an sich gerissen haben, eskalierte die brutale Behandlung von subsaharischen Afrikanerinnen und Afrikanern. Bis zu zwei Millionen von ihnen hielten sich bis zum seit 2013 eskalierenden Bürgerkrieg in dem nordafrikanischen Staat auf. Sowohl weil Libyen selbst – mit Petrodollars ausgestattet – bereits seit der Gaddafi-Ära (1969 bis 2011) migrantische Arbeitskräfte anzog und unbeliebte körperliche Arbeiten von ihnen verrichten liess, als auch weil das Land mitunter zugleich als Station bei der Weiterreise nach Europa und insbesondere Italien diente.

AZB 4001 Basel  
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel

## EDITO

Liebe Leserin, lieber Leser,  
Die Entwicklungen im Jahr 2017 in der Migrationspolitik sind mehr als bedenklich. Wenn es nicht überall Menschen gäbe, die gegenüber denen, die ihr Land aus diversen Gründen verlassen mussten, Zivilcourage bewiesen, sich also menschlich-mutig verhielten, wäre es wohl noch viel schlimmer. Besonders sind die Menschen betroffen, die aus Afrika zu uns fliehen.

Um die Zusammenhänge der Abschiebungs- und Auslagerungspolitik Europas besser verstehen zu können, haben wir hier eine ganze Archipelnummer über diese Problematik zusammengestellt. Welche diplomatischen und postkolonialen Verbindungen stehen hinter dieser menschenunwürdigen Politik? Wir werfen einen Blick nach Libyen, wo wieder mit «Sklenen» gehandelt wird, auf die Kolonialgeschichte Senegals und Malis, auf Frankreich an der Elfenbeinküste und stellen Ihnen ein neues Buch über die Türsteher Europas vor. Nicht zuletzt kommt auch der Schweizer Theaterregisseur Milo Rau zu Wort, der dabei ist, ein Weltparlament ins Leben zu rufen. Ausserdem finden sie die Zeitung von Afrique-Europe-Interact vor – eine Organisation mit der das FCE seit mehreren Jahren zusammenarbeitet.

Interessante Lektüre und ein gutes Jahr 2018 wünscht Ihnen

Constanze Warta



Leo Tarasewicz, Ohne Titel, 1988

Bei der Eskalation im Umgang mit den Migrierten in den letzten Jahren spielen der Staatszerfall und der dadurch freigesetzte Rassismus ebenso eine Rolle wie der in den meisten arabischen Gesellschaften vorhandene strukturelle Rassismus, der mit einer Art arabo-islamischer «Leitkultur-Vorstellung» einhergeht. Letzterer ist auch in anderen Transitländern in Richtung EU wie Marokko und Algerien anzutreffen – erst am vorigen Freitag kam es zu gewaltförmigen Auseinandersetzungen zwischen jungen Marokkanern und subsaharischen Afrikanern in Casablanca. In Algerien wurden seit zwei Jahren mehrere Tausend Immigrierte aus dem südöstlichen Nachbarstaat Niger festge-

1. Also genau einen Tag nach dem zweitägigen Treffen der «Kontaktgruppe zentrales Mittelmeer» in Bern (die zwei letzten derartigen Treffen hatten im März in Rom und im Juli 2017 in Tunis stattgefunden) an dem, neben der Gastgeberin Bundesrätin Simonetta Sommaruga, Regierende aus Frankreich, Österreich, Malta, Italien und Estland sowie, auf der afrikanischen Seite, die Regierungen Libyens, Algeriens, Tunesiens, Malis, Nigers und des Tschads teilnahmen. Zeitgleich veranstaltete «Solidarité sans Frontières» zusammen mit dem «Alarm-Phone Schweiz» eine Pressekonferenz, um die Verlogenheit der europäischen und schweizerischen Politik anzuprangern. Informationen darüber finden Sie auf [www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)

nommen und mittels Kollektivabschiebungen zurückgeschickt, und der Druck auf Migrierende ohne Aufenthaltspapiere wurde erheblich erhöht. Die circa seit einem halben Jahr bei sozialen Medien zirkulierende Behauptung, Algerien habe Schwarzen generell die Benutzung von Taxis und Bussen untersagt, erwies sich hingegen als Gerücht, das sich jedoch in mehreren Ländern hartnäckig hält.

### Kriminelle Geschäfte

Neben diesen ideologischen und politischen Faktoren spielt bei der Eskalation in Libyen aber auch das Geld eine wesentliche Rolle. Infolge des seitens der EU-Mitgliedsstaaten ausgeübten Drucks auf Libyen – sprich: die «Einheitsregierung», aber auch Milizen, aus denen sich de facto die in jüngerer Zeit aufgestockte und aufgerüstete Küstenwache rekrutiert hat – Flüchtende zurückzuhalten und von der Überfahrt des Mittelmeers abzubringen, wurde unter dem Deckmantel des «Kampfes gegen das Schlepperunwesen» Geld in Umlauf gebracht. Dieses wird vor Ort dafür eingesetzt, Milizen dafür zu bezahlen, die Mobilität von Migrierenden zu verhindern, indem sie dieselben faktisch internieren. Wie malische und nigerische Staatsangehörige in Videos mit Zeugenberichten aus Libyen berichten, die derzeit auf zahllosen westafrikanischen Facebookseiten zu sehen sind, hätten die libyschen Wächter zusätzlich ein neues finanzielles Knowhow von kriminellen Banden aus den Herkunftsländern der Migranten erworben.

Diese Banden, die im so genannten Schleppergewerbe tätig sind,

weil die Abschottungspolitik der EU besondere Profite auf ebendiesem Feld verspricht, arbeiten mit den libyschen Akteuren mitunter Hand in Hand. Sie melden demnach die bevorstehende Ankunft von Landsleuten an libysche Miliz-Unternehmer, die vormals ihrerseits als «Schlepper» aktiv waren, nunmehr aber eher bei der Zurückhaltung von Migrantinnen und Migranten tätig sind. Von den subsaharischen kriminellen Unternehmern lernten diese, wie das internationale Geldtransfer-Geschäft über Western Union, MoneyGram und andere Finanzunternehmen funktioniert, welches bis vor kurzem in Libyen – das bis 2003 während langer Jahre unter Embargo stand und danach dem «Westen» nur begrenzt geöffnet war – eher unbekannt war. Dieses neu erworbene Wissen nützen libysche Mafiaunternehmer nun, um von den Familien in den Herkunftsländern Geld abzapfen, mit dem Argument, diese müssten bezahlen, um ihre Angehörigen nach einem gewissen Zeitraum von einem Jahr oder mehr, wieder in Freiheit wissen zu können – ein Knowhow, das sie also von den eigenen Landsleuten der Opfer erlernt haben. Nicht zuletzt deswegen argumentieren viele subsaharische Afrikanerinnen und Afrikaner nun: «*Unsere Leute werden von den eigenen Brüdern verkauft, wie am Beginn der Kette des internationalen Sklavenhandels*» vor 200 bis 400 Jahren.

### Proteste

Durch alle subsaharischen Gesellschaften zieht sich eine breite Welle der Empörung. Zumal das Wissen über die aktuellen Geschehnisse in Libyen dort an das im kollektiven Gedächtnis sehr präsente, historische Verbrechen des Kontinente übergreifenden «Dreieckshandels» mit Sklavinnen und Sklaven anknüpft, welcher Afrika ökonomisch um Jahrhunderte zurückwarf. Am vorigen Montag waren etwa erste Demonstrationen in Mali angesetzt, denen die Staatsmacht durch ihre Reaktion gegenüber Libyen kurz zuvorkam.

Doch viele Blicke sind dabei auf europäische Metropolen gerichtet. Einerseits, weil dort eine in vielen afrikanischen Ländern fehlende Demonstrationsfreiheit herrscht – ersterlichweise hat die Diktatur Togo auf dem Kontinent eines der formal liberalsten Demonstrationsrechte, das dort dem Regime allerdings als «Ventil» und offizieller «Demokratienachweis» dienen soll. Auf der anderen Seite wissen die meisten Menschen in West- und Zentralafrika, dass viele Entscheidungen zum politischen

und ökonomischen Schicksal ihrer Länder ohnehin in Paris und Brüssel getroffen werden, eher als in ihren Hauptstädten.

In Paris gründeten rund 150 Menschen, die im Gewerkschaftshaus nahe der «Place de la République» versammelt waren, eine neue «Koordination gegen die Sklaverei in Libyen» (CEEL). Im Saal waren rund 70 Prozent der Menschen afrikanischer Herkunft, aus so unterschiedlichen Ländern wie den Kapverdischen Inseln, der Elfenbeinküste, der Demokratischen Republik Kongo und Djibouti. Die neue Koordination organisierte Proteste etwa am 2. und am 18. Dezember 2017 – dem internationalen Tag gegen Sklaverei und jenem für die Rechte der Migrantinnen und Migranten.

Im November versammelten mehr oder minder spontane Proteste, zu denen unter anderem Prominente wie der Rapper «Rost» aufgerufen hatten, kurzfristig bis zu 3'000 Menschen. Auf die Strasse gingen Menschen zu dem Thema auch in London oder in Brüssel,

unweit der libyschen Botschaft. Sowohl in Paris als auch in Brüssel wollten Polizeikräfte die Demonstrationen durch Einsatz von Gewalt verhindern.

Neben der Einleitung diplomatischer Massnahmen gegen libysche Stellen fordern die Protestierenden in der Regel auch ein Ende der restriktiven Politik der EU, die in ihren Augen erst dazu beiträgt, dass Menschen in Libyen blockiert werden oder im Mittelmeer zu Tode kommen. Unter dem Druck ihrer öffentlichen Meinung stehend, sehen sich viele Staatsoberhäupter in Afrika deswegen zu mindestens verbalen Protesten gezwungen.

In der marokkanischen Hauptstadt Rabat fanden am 27. November ebenfalls Protestdemonstrationen von Angehörigen marokkanischer Migrierter statt, die meist aus relativ entlegenen Städten im Atlasgebirge stammen. Es gibt also auch arabische respektive arabisch-berberische Opfer des Sklavenhandels in Libyen.

Bernard Schmid, Paris

# Auslagerung der Migration

**Eine weitere extraterritoriale Auslagerung der Migrations- und Asylpolitik, weg von der Europäischen Union möglichst weit in die geographische Mitte Afrikas hinein: Das ist im Kern, was der fünfte gemeinsame Gipfel von EU und Afrikanischer Union (AU) am 29. und 30. November 2017 in Abidjan ergab.**

Und dies unter pseudo-humanitärer Berufung auf das Drama, das subsaharische Migranten derzeit in Libyen durchleben, wo die Versklavung von Migrationswilligen in den letzten Wochen einen internationalen Skandal ausgelöst hat (siehe Artikel oben).

Genauer gesagt handelt es sich nicht um ein direktes Ergebnis des Gipfeltreffens, bei dem – wie bei solchen Showveranstaltungen mitunter üblich – eher wenig Konkretes herauskam. Zwar waren die Themen auch dort Migration sowie die Situation in Libyen, und zum Abschluss des Treffens von 60 Staats- und Regierungschefs sowie insgesamt 90 Delegationen wurde eine Erklärung mit «vier Prioritäten» verabschiedet. Diese enthält jedoch nur Allgemeinplätze, wie sie in ähnlichen Texten seit Jahren oder eher Jahrzehnten auftauchen. So soll Migration eingedämmt werden, indem den Afrikanerinnen und Afrikanern durch Investitionen und

der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen in ihren Herkunftsländern eine Perspektive geboten wird. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sprach in diesem Zusammenhang davon, die Betreffenden und vor allem die afrikanische Jugend könnten dann «*ihr Glück in Afrika finden*». Wunderschön klingende Lippenbekanntnisse, wie sie in noch jeder Sonntagsrede zum Thema «Bekämpfung von Fluchtursachen» auftauchen.

### Verhinderung einer Opposition

Wesentlich konkreter fiel unterdessen die Repressionserfahrung, welche die örtliche «Zivilgesellschaft» – um einen viel strapazierten, und ansonsten bei solchen Gipfeln positiv besetzten Begriff zu benutzen – im Zusammenhang mit dem Gipfel machen musste. Am 28. November 2017 sollte in der Wirtschaftsmetropole der «Côte d'Ivoire» (Elfenbeinküste), wo auch

## Archipel

Monatszeitung des  
Europäischen  
BürgerInnenforums

Januar 2018 - Nr. 266

Jahresabonnement:

11 Nummern, 60 sFr; 40 Euro  
Verlag, Herausgabe, Herstellung,  
Redaktion: Europ. BürgerInnenforum  
Verantwortliche Redakteurinnen:  
Joëlle Meunier, Constanze Warta  
Druck: Ropress Zürich  
forumcivique.org

Europäisches BürgerInnenforum  
Schweiz:

Postfach 1848, CH-4001 Basel  
Tel: 0041/61 262 01 11  
ch(a)forumcivique.org

Österreich:

Löblich 16  
A-9135 Eisenkappel/Zelezna Kapla  
Tel: 0043/42 38 87 05  
at(a)forumcivique.org

Deutschland:

Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf  
D-17159 Dargun  
Tel: 0049/39 959 23 881  
de(a)forumcivique.org

Frankreich:

St. Hyppolite  
F-04300 Limans  
Tel: 0033/4 92 73 05 98  
fr(a)forumcivique.org

Ukraine:

vul. Peremogi 70  
UKR-90440 Nijne Selischtsche  
Tel: 00380/31 42 512 20  
ua(a)forumcivique.org

das offizielle Gipfeltreffen stattfand, ein Gegengipfel «von unten» mit eintägigem Vorsprung vor der Gipfeleröffnung beginnen. Dieser wurde allerdings durch starke Polizeikräfte verhindert, die bereits ab fünf Uhr den Veranstaltungsort, das Gewerkschaftshaus im Stadtteil Treichville, okkupierten. Die Repressionskräfte des als ebenso wirtschafts- wie frankreichfreundlich geltenden Präsidenten Alassane Ouattara verboten den ausländischen Delegationen den Zutritt, beschlagnahmten die Mobiltelefone einiger der Teilnehmenden und zerschlugen technische Geräte, die für die Konferenz genutzt werden sollten.

Unterdessen wurden die versammelten Staats- und Regierungschefs bei einem eher informellen Treffen, das am Rande des Gipfels im Zusammenhang mit der Migrationsproblematik und den Vorgängen in Libyen stattfand, wesentlich präziser: Rund um den französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, die EU-Aussenbeauftragte Federica Mogherini, den AU-Generalsekretär Moussa Faki Mahamat sowie mehrere regionale Staatschefs – unter ihnen die Oberhäupter der Republik Niger und des Tschad, Mahamadou Issoufou und Idriss Déby – beschloss die Runde, einen Vorstoss für die in Libyen bedrohten Migrantinnen und Migranten zu starten. Auch die deutsche Kanzlerin Angela Merkel wirkte bei dem Plan mit.

### Rückführung ins Ursprungsland

Im Kern handelt es sich dabei schlicht um eine Rückführungsinitiative: Von der Prämisse ausgehend, es sei eine strikte Trennung zwischen «reinen Wirtschaftsflichtlingen» und «politischen Exilierten» möglich und Erstgenannte machten angeblich 80 Prozent der sich in Libyen Aufhaltenden aus, soll diese Gruppe in ihre Ursprungsländer zurückbefördert werden. Auf freiwilliger Basis und zunächst für 15'000 von ihnen. Dazu gibt es bescheidene «Rückkehrhilfen» als finanziellen Anreiz. Eine Gruppe von vierzig Staatsbürgerinnen und -bürgern Nigerias wurde auf dieser Grundlage bereits kürzlich ausgeflogen. Jenes Fünftel der in Libyen blockierten Geflüchteten, das – dem Axiom der Staatschefs zufolge – in ihren Herkunftsländern als bedroht gelten muss, soll nicht dorthin zurücktransportiert werden. Allerdings auch nicht in die EU oder andere Länder des Nordens, sondern in Auffanglager auf dem Territorium der Staaten Niger und Tschad. Dort soll dann nach Resettlement-Möglichkeiten für die Betroffenen in einem der Länder des Nordens gesucht werden.

### Neokolonialismus

Emmanuel Macron nutzte seine Reise zu diesem Gipfel nebenbei zu seiner ersten offiziellen Visite in der neokolonialen Einflusszone Frankreichs. An der Universität in Ouagadougou, der Hauptstadt Burkina Faso, hielt er eine viel erwartete Rede. Dabei stellte er sich ein wenig geschickter an als etwa sein Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy, dessen Antrittsrede in Afrika – der «Discours de Dakar» vom 26. Juli 2007 – zu einer äusserst skandalumwitterten Veranstaltung geraten war. Inmitten der von modernem Leben geprägten senegalesischen Hauptstadt dozierte Sarkozy damals an der dortigen Universität: «Der afrikanische Mensch ist nicht genügend in die Geschichte eingetreten», denn angeblich gebe es «für den afrikanischen Bauern nur den zeitlosen Wechsel der Jahreszeiten», ohne jeglichen anderen nicht-zyklischen Zeitbegriff. Dieser Auftritt löste zahlreiche Proteste aus.

Macrons Berater stellten es wesentlich geschickter an. Im Vorfeld veranstalteten sie ein «micro-trottoir», also eine Umfrage mit offenen Fragestellungen, unter jungen Frauen und Männern in Ouagadougou, um deren Erwartungen auf den Zahn zu fühlen. Wie jeder seiner drei Amtsvorgänger versprach Macron dann, dass es mit der «Françafrique» – also dem französischen alten und neuen Imperialismus in West- sowie Zentralafrika – nun aber wirklich ein Ende haben werde. Seit rund zwanzig Jahren tritt jeder französische Präsident mit dem Versprechen an, die «Françafrique» habe es gegeben, aber eben bis gestern, seit heute sei aber wirklich Schluss damit.

Vorwürfe des Neokolonialismus wehrte Macron ab, indem er jene unter den anwesenden 800 Studierenden, die ihm Fragen stellten,

kumpelhaft duzte und hinzufügte, er wolle gar nicht für «Alles» in Afrika verantwortlich sein. Sehr ausweichend beantwortete Macron unterdessen Fragen nach der wirtschaftlichen Abhängigkeit der früheren Kolonien von Frankreich. Nachdem mindestens zwei Fragesteller wissen wollten, warum Staaten der Franc CFA-Währungszone in Afrika mindestens 50 Prozent ihrer Devisenreserven dauerhaft bei der französischen Zentralbank einlagern müssen, antwortete er haarscharf an der Frage vorbei: «Ich

habe die Goldvorkommen Burkina Faso nicht in Paris versteckt, und sollten sie dort sein, dann ver-ratet mir wo!»

Unterdessen wurden vor dem Universitätsgebäude bei Jugend- und Studierendenprotesten Autoreifen verbrannt und anti-neokoloniale Parolen gerufen. Trotz Macrons locker-flockigem Umgangston mit den jungen Menschen in Ouagadougou dürfte die Kritik vor Ort nicht abgenommen haben.

Bernard Schmid, Paris

## BUCHVORSTELLUNG

# Wenn Entwicklungshilfe dem Grenzschutz dient

**Simone Schlindwein und Christian Jakob weisen in ihrem Buch nach, wie die Europäische Union Polizei und Armeen autokratischer Regime ausbildet, um Migrationsbewegungen zu stoppen und wie die EU ihre Entwicklungshilfe umwidmet und an Bedingungen knüpft. Die Flüchtlingsdeals erweisen sich zudem oft als lukratives Geschäft für europäische Rüstungs- und Sicherheitskonzerne.**

In den letzten Jahren wurde Migrationskontrolle für die Europäische Union zu einer Frage höchster Priorität. Dabei spielt nicht nur die Einwanderung aus Ländern wie Syrien, Irak oder Afghanistan eine grosse Rolle, sondern auch die Bewegungen vom afrikanischen Kontinent. Die EU bedient sich dabei oft zweifelhafter Mittel und arbeitet unverhohlen mit Regimen zusammen, die schwere Menschenrechtsverletzungen bege-

hen. Mit ihrer Handelspolitik verschärft die Europäische Union zudem oftmals eben die Fluchtursachen, die sie vorgibt, eindämmen zu wollen.

Oft ist dieser Tage von der Bekämpfung von Fluchtursachen die Rede. Doch es scheint, als ob die EU lediglich ihre Grenzen nach Afrika verlagert und die strukturellen Ursachen für Migration weiterhin ausblendet. Zudem wird europäische Hilfe in letzter Zeit immer mehr zum Druckmittel gegenüber einer Reihe der ärmsten Länder der Welt. Unverblümt und umfassender als früher wird die Hilfe dorthin geleitet, wo die Grenzschutz-Prioritäten Europas liegen. Schlindwein und Jakob rechnen vor, dass die EU in den vergangenen Jahren mindestens 14 Milliarden Euro bewilligt hat, damit Flüchtlinge und irreguläre Migrantinnen da bleiben, wo sie sind.

Die Hochrüstung der Grenzen mit Hightechgerät ist teuer, kaum ein afrikanischer Staat kann sie sich leisten. Schlindwein und Jakob kommen in ihrem Buch zu dem Schluss, dass die EU-Mitgliedstaaten mittels der Grenzsicherung in Afrika heimischen Rüstungskonzernen profitable Aufträge sichern. Die neuen Grenzanlagen seien somit auch ein Subventionspro-



Siegfried Anzinger, Etruschi, 1987

gramm für Europas Waffenschmieden wie Airbus, Thales oder BAE Systems. Vertreten werden diese von der mächtigen Lobbygruppe EOS (European Organisation for Security).

Dank all dieser mit europäischen Steuergeldern finanzierten Programme prognostizieren die Autoren einen Anstieg des weltweiten Gesamtumsatzes mit Grenztechnologie von 15 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf bis zu 29 Milliarden im Jahr 2022 – ein gewaltiger Markt. Doch gleichzeitig scheint die EU mit ihrer Handelspolitik die Fluchtgründe in Afrika weiter zu verschärfen. Handelsabkommen zwingen afrikanische Staaten dazu, ihre Märkte für europäische Produkte zu öffnen, obwohl weithin bekannt ist, dass diese Politik in grossem Stil Arbeitsplätze vernichtet – vor allem in der Landwirtschaft.

### Diktatoren als Partner

Für ihre neue Migrationspolitik gegenüber Afrika hat sich die EU ausgerechnet den Sudan als ein zentrales Partnerland ausgewählt. Der drittgrösste Staat des Kontinents ist ein Haupttransitland für Flüchtlinge vom Horn von Afrika. Dabei ist Präsident Bashir, der sich im Jahr 1989 an die Macht putschte, der einzige Staatschef weltweit, gegen den ein internationaler Haftbefehl läuft. Dennoch werden an der Polizeischule in Sudans Hauptstadt Khartum auf Kosten der EU Informationen über Migrationsbewegungen gesammelt und mit anderen Staaten Ostafrikas ausgetauscht.

Sudans Innenminister schickte zudem eine Wunschliste an Europa mit den Gerätschaften, die für einen Stopp der Migration notwendig seien: Ausrüstung, Internierungszellen, Zäune und Kampfhubschrauber für die Grenzpolizei. Eritreische Flüchtlinge, die im Sommer 2016 aus ihrer Heimat über die Grenze in den Sudan flohen, berichteten, dass sie hochgerüstete Spezialeinheiten gesehen hätten, die auf deutschen Armee-Lastwagen Patrouille fuhren. Eritrea gilt als das «Nordkorea Afrikas». Monatlich fliehen rund 5.000 Menschen aus dem Land. Dabei kommen die meisten von ihnen nicht nach Europa, sondern bleiben in den Nachbarländern.

Der Hauptgrund für die Massenflucht der eritreischen Jugend ist der Wehrdienst, zu dem alle Männer und Frauen nach ihrem Schulabschluss eingezogen werden. Laut eritreischer Verfassung sollte er nur zwei Jahre dauern, tatsächlich kann aber ein halbes Leben daraus werden. Viele der Soldatinnen und Soldaten leisten un-

ter sklavenähnlichen Bedingungen Schwerstarbeit. Durch die Politik der Europäischen Union hat Isaias Afwerki, der Diktator Eritreas, nun wieder internationale Reputation gewonnen: Nach einem Jahrzehnt der politischen Isolation ist sein Regime in den so genannten Khartum-Prozess eingebunden, mit dem die EU die Länder Ostafrikas zur Kooperation in Sachen Flucht gewinnen will.

### Frontex in Afrika

44 Agenturen für bestimmte Politikbereiche hat die EU. Keine ist so schnell gewachsen und so üppig ausgestattet wie die Grenzschutzagentur Frontex. Bei der Gründung 2006 in Warschau verfügte sie über 45 Mitarbeiterinnen und einen Jahresetat von 12 Millionen Euro. 2016 konnte Frontex 254 Millionen Euro ausgeben, 2020 sollen es 320 Millionen sein. Nicht einmal zehn Prozent bezahlen die Schengen-Staaten, mehr als 90 Prozent die EU-Kommission. Im Zuge der Ausweitung des Europäischen Grenzregimes nach Afrika plant Frontex nun vermehrt mit afrikanischen Geheimdiensten zusammenzuarbeiten.

Dafür gründete die Grenzschutz-Agentur den europäisch-afrikanischen Geheimdienstbund AFIC (Africa-Frontex-Intelligence Community). 21 afrikanische Staaten sind dabei, die Diktaturen Eritrea und Sudan haben «Beobachter»-Status. Dabei gilt natürlich auch in Afrika: Je weniger ein Staat sich um Grund- und Menschenrechte kümmert, desto wichtiger ist der Geheimdienst als Stütze der Macht. Besonders beunruhigend ist, dass sich laut den Ergebnissen des jüngsten Democracy Index, der von der Zeitschrift *The Economist* berechnet wird, unter den Staaten des AFIC keine einzige Demokratie befindet.

Neben den systematischen und detailreichen Auflistungen der Grenzschutz-Abkommen sowie der Finanzflüsse zu den afrikanischen Staaten stellen Schindwein und Jakob auch grundsätzliche Fragen über die Arbeit von Frontex: Wie könne es überhaupt möglich sein, dass eine Behörde, die europäische Grenzen bewachen soll, deutsche Polizisten, rumänische Zöllner und finnische Passfälschungsexperten um die halbe Welt schickt? Mit welchem Recht setzt die EU sie weit ausserhalb ihres Hoheitsgebietes ein?

### Weniger stehlen statt mehr geben

Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) entgehen den afrikanischen Staaten pro Jahr rund 175 Milliarden Euro an Steuereinnahmen – das ist schätzungsweise drei

Mal so viel, wie an Entwicklungshilfe in die Länder des Kontinents fliessen. Die Steuerverluste kommen zu einem grossen Teil durch internationale Konzerne zustande. Diese Zahlen illustrieren das oft zitierte Plädoyer, dass es nicht darum gehe, den armen Ländern mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.

Doch Europa will den billigen Zugang zu Afrikas Rohstoffen nicht aufgeben: Gäbe es kein günstiges Uran aus dem Niger, einem bitterarmen Sahelstaat, der den vorletzten Platz des Human Development Index belegt, würden in Frankreich die Lichter ausgehen. Die Despoten des Clans rund um Omar Bongo, dem sein Sohn Ali Bongo als Präsident des Erdölstaates Gabun nachfolgte, sind seit dem Jahr 1967 ohne Unterbrechung an der Macht. Der Erdölkonzern Total bestimmt die Geschicke des Landes maßgeblich mit. Totalitäre Regime sind für den Westen oftmals willkommenere Partner als Staaten, die den Anspruch verfolgen, ihre natürlichen Ressourcen demokratisch zu verwalten.

Schindwein und Jakob drängen zu Recht darauf, dass das Verhältnis zwischen Afrika und Europa auf eine neue Basis gestellt werden muss. Denn mit der aktuellen Migrationsabwehr, so die beiden Autoren, unternimmt die EU eine gewaltige und kostenintensive Anstrengung, die globale Ungleichheit beizubehalten und die Wohlstandsinsel Europa militärisch zu verteidigen. Dies wird auf die Dauer nicht gelingen, vor allem angesichts der drohenden Auswirkungen des Klimawandels in Afrika. Erzwungene Migration lässt sich nur durch ein Ende des Raubbaus an den natürlichen Ressourcen des Kontinents eindämmen. Die aktuell anlaufende Zusammenarbeit mit Diktatoren droht hingegen, die Probleme weiter zu verschärfen.

Alexander Behr, FCE Österreich

Christian Jakob, Simone Schindwein: «Diktatoren als Türsteher Europas. Wie die EU ihre Grenzen nach Afrika verlagert».

Ch. Links Verlag, Oktober 2017

## DIE KOLONISIERUNG WESTAFRIKAS

# Reiseberichte aus Senegal und Mali

**Ich möchte mit Ihnen einen Blick zurück auf die historischen Beziehungen zwischen Frankreich und Westafrika werfen. Eine Geschichte, von der man kaum spricht – trotz aller Berührungspunkte im Alltag seit vielen Generationen.**

Es geht um eine Kolonialgeschichte, die im «Mutterland» auf das Gröbste verkannt wird, ausgerechnet heute, wo immer deutlicher wird, dass Frankreich im Begriff ist, zum Imperialismus zurückzukehren. Auf meiner Reise nach Mali mache ich einen Umweg über Senegal und die Spuren des Sklavenhandels, unter dem grosse Teile Afrikas während drei Jahrhunderten gelitten haben. Ich will diesen riesigen Abschnitt unserer Geschichte, der gerne ausgeblendet wird, besser verstehen.

### Dakar

Seit knapp einer Woche bin ich jetzt in Dakar, der Hauptstadt Senegals, die mit ihren vier Millionen Einwohnern die grösste Stadt in Westafrika ist. Wenn man durch den Senegal reist, hat man Gelegenheit,

sich über die historischen Wurzeln der französischen Kolonisation West-Afrikas Gedanken zu machen. Ausser der ziemlich massiven Werbung und den meisten offiziellen Verlautbarungen, sowie Verkehrschildern, Hinweisen am Flughafen oder Fernsehsendungen, die ganz direkt französischen Vorbildern nachgemacht sind, ist die koloniale Geschichte nicht wirklich das Erste, das einem in Dakar auffällt, jedenfalls nicht so stark, wie zum Beispiel auf den französischen Antillen. Die Kolonialsprache Französisch wird von allen verstanden, aber sie wird vor allem in den staatlichen Schulen, im Fernsehen, in der Werbung und in Büchern verwendet. Sie ist die Sprache der Oberschicht, der «Besseren», zu denen ich nicht gerne gezählt werden möchte! Das ist ein deutlicher Un-

terschied im Vergleich mit Lateinamerika, wo die spanische und andere koloniale Sprachen die Zeit hatten, sich in allen Gesellschaftsschichten durchzusetzen.

Dakar ist, wie alle grossen Städte des Südens, durch das Informelle geprägt: die Verkaufsbuden, die Strassenverkäufer, die Massen, die im Freien ihren Beschäftigungen nachgehen, am Tage genau so wie in der Nacht, der Sand, der sich über alles legt, die Megafone und religiösen Gesänge zum Ramadan, das Verkehrschaos, die Schlangen von Taxis und kollektiven Transportmitteln – kurz gesagt, eine Stadt mit ihren Eigenheiten, aber auch ganz vielen Gemeinsamkeiten mit Tunis, Hanoi oder Mexiko. An diesen Orten herrscht zweifellos der Kapitalismus, aber mehr als Beherrschung und Unterdrückung, nie als «Zivilisation» wie in der Supermarktgesellschaft, die sich bis ins kleinste Dorf des reichen Westens ausgebreitet hat.

In Dakar ist gerade Zeit des Ramadans, eine Zeit, in der die kulturelle Kraft der muslimischen Welt besonders stark zum Ausdruck kommt, mit allen ihren senegalesischen Besonderheiten: die Art der Kleidung, die religiösen Feste, die Koranschüler-innen<sup>1</sup> auf der Strasse, die Gebets-Ausrufer, die verhältnismässige Diskretion des Alkohols in den bevölkerungsreichen Stadtteilen und der greifbare Einfluss des Korans, der örtlichen Scheichs und der religiösen Bruderschaften auf das soziale Gefüge und das tägliche Zusammenleben – eine ausgeprägte Religiosität, was aber im Unterschied zu herrschenden Klischees nicht bedeutet, dass die Menschen dich misstrauisch anschauen, weil du Atheist, Katholik oder was auch immer bist; ganz im Gegenteil: jedem seine Lebensweise. Die Familiengemeinschaft, die mich empfängt, ist zur Hälfte katholisch, zur anderen Hälfte hingegen muslimisch. Ich bin in einer der bevölkerungsreichen Vorstädte abseits des Zentrums, in Guediawaye, untergebracht. Zwei Stunden dauert der Transport zum Zentrum, eine Fahrt durch das Gewimmel der Stadt. Vieles erinnert mich an Mexiko: die Häuser aus Betonsteinen, die zweckbezogene und auf das Wesentliche reduzierte Nutzung der Räume, die Innenhöfe mit einem Wasserhahn und einem Wasserbecken, die gleiche Art Hühnerhof – hier noch stärker entwickelt, mit Hühnern und sogar auch dem Lamm, das zum «tabaski»<sup>2</sup> geschlachtet werden soll – der Fernsehapparat, der unaufhörlich läuft mit oder ohne Zuschauer und ein System familialer Überlebenskunst, mit einem Lohn aus der Fabrik, einer Ausbildung in städtischer Land-



Emil Limaye, REF ELH 8811, 1988

wirtschaft, einem Studium ohne weitergehende Perspektive, vermischt mit Freundschaftsdiensten und einigen Stunden Aushilfe in dem Eisenwarenladen des Freundes. Mir scheint, es ist für gut die Hälfte der Bevölkerung des Planeten ausserhalb der reichen westlichen Länder überall ähnlich. Besondere Eigenschaften sind die unglaublich grossherzige Gastfreundschaft, die Kinder, die von ganz klein an mit Aufgaben rund um den Haushalt und das Haus aufwachsen, das intensive soziale Leben und die gegenseitige Hilfsbereitschaft innerhalb eines Stadtteils – ganz im Gegensatz zu all unseren unausgesprochenen gesellschaftlichen Normen, die von verantwortungslosem Individualismus geprägt sind.

Die Lebenskraft dieser vielfältigen grosstädtischen Bevölkerung kann nicht alle Narben der Kolonialzeit auslöschen und es ist schwierig, die Geschichte und ihre vergangene Realität wie z.B. den Sklavenhandel einfach beiseite zu legen, da sie allzu stark die Entstehung des heutigen Landes geprägt haben. Deshalb drängt sich jetzt ein Blick zurück in die Vergangenheit auf.

### Die Deportierten von Gorée

«Gorée» heisst die Insel gegenüber von Dakar, im Schutz des am weitesten hervorspringenden Kaps der westafrikanischen Küste. Ein für die Kontrolle des Meeres strategisch wichtiger Ort, der zunächst unter portugiesischer

Herrschaft war, dann unter holländischer, bis er schliesslich von den Franzosen erobert wurde, die von hier aus ihre militärische Kontrolle gegen die ständigen Angriffe der englischen Marine behaupteten. Der Festungshafen wurde im 17. Jahrhundert gebaut als Basis für die Versorgung und Meerese Expeditionen, vor allem aber, um den Sklavenhandel kontrollieren zu können. Goree mit ihrem Ausgangstor in den Ozean, das keine Rückkehr kannte, ist ein Mythos im afrikanischen Bewusstsein weltweit. Die Sklaverei wiegt schwer in der Geschichte Frankreichs und ist paradoxerweise der französischen Bevölkerung heute kaum bekannt.

Die Insel Goree war der Hauptumschlagsplatz des Sklavenhandels neben vielen anderen Handelsstützpunkten entlang der ganzen afrikanischen Ozeanküste, wie St. Louis in Senegal, Joal, Rufisque, Portudal oder Fort St. James, um nur einige in der Umgebung zu nennen. Dazu kommen natürlich noch alle weiteren entlang der Küste von Guinea, von Benin, von der anglophonen «Gold coast» die mit dem selben Zynismus auch «Elfenbeinküste» genannt wird oder selbst «Sklavenküste», sowie alle anderen Handelskontore vom Golf von Kongo bis nach Angola. Es sind Erinnerungen aus einer «kurzen» Periode der jüngsten Menschheitsgeschichte. Vom Ende des 15. Jahrhunderts bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts sind es jedoch nicht weniger als 350 Jahre!

## Der Sklavenhandel

Selbstverständlich waren am Sklavenhandel nicht ausschliesslich Europäer beteiligt. Arabische und berberische Händler hatten seit Jahrhunderten mit den Handels-Karawanen durch die Sahara die Strukturen dafür geschaffen. Sie stützten sich auf die auch in vielen afrikanischen Ländern und um das Mittelmeer verbreitete Tradition der Unterordnung der Besiegten, lange vor der Ankunft der Händler aus Europa.

Nachdem die neuen westeuropäischen Sklavenhändler die Kontrolle über den atlantischen Ozean innehatten, konnten sie den ursprünglichen Handelsweg durch die Sahara zu ihrem Vorteil auf den Atlantik umlenken. Schon Ende des 15. Jahrhunderts entstand aber eine völlig neue Realität auf Grund der Industrialisierung sowie der rassistischen Ökonomie beim Einkauf und der Ausbeutung von Sklaven; die Zwangsarbeitslager der neuen Kolonien wurden so mit Arbeitskräften versorgt. Dieser tödliche Handel wurde zunächst von Portugiesen und Niederländern betrieben, bis er nahezu zum Monopol von Engländern und Franzosen wurde, den neuen Herrschern über die Ozeane. Jedes Jahr wurden hunderte Schiffe für den Sklaventransport im Auftrag der Reeder von Le Havre, Nantes oder Bordeaux eingesetzt. Dies sind nur drei Beispiele von viel mehr französischen Städten, die während mehr als zwei Jahrhunderten zu Weltzentren dieses Unternehmens von Massendeportationen zählten. Für die Stadt Nantes z.B. belegen überlieferte Zahlen mindestens 877 Expeditionen im 18. Jahrhundert bei denen insgesamt 294'000 Menschen aus Afrika deportiert wurden<sup>3</sup>. Die Gesamtzahl der Menschen, die als Sklaven von einer Seite des Atlantik auf die andere transportiert wurden, ist erschreckend, besonders für diese Zeit: Die Historiker-innen sprechen von mindestens 11 Millionen Frauen und Männern, die von Afrika nach Amerika deportiert wurden. Allein aus «Senegambia» wurden im 18. Jahrhundert rund 300'000 Sklaven deportiert von insgesamt 6 Millionen aus ganz Afrika in diesem Zeitraum.

Kolonisierung geht also einher mit massenhafter Vernichtung der ursprünglichen Völker auf dem amerikanischen Kontinent und Massendeportationen der Völker

1. Die Koranschüler\_innen werden als „tali-be“ bezeichnet; sie werden als Kinder von armen Familien der Koranschule für ihre religiöse Erziehung anvertraut.

2. Name eines religiösen Festes in den Ländern West- und Zentral-Afrikas.

3. Guy Thilmans, 2010, Informationen über die Sklaverei, herausgegeben auf Französisch vom Historischen Museum Senegals.

des afrikanischen Kontinents und das, um auf Millionen Hektaren Land die Plantagen und grossen Fincas aufzubauen – die Deportations- Arbeits- und Todeslager, welche die Europäerinnen in ihren Kolonien der «Neuen Welt» geschaffen haben. Wie schön sind doch die historischen Wurzeln des Kapitalismus.

## Die «Kolonie Senegal»

Aber kommen wir zurück zur Geschichte Senegals. Mit der ständig wachsenden Kontrolle der Franzosen über den Handel, zunächst im Mündungsgebiet des Flusses Senegal, später entlang dem Flusslauf ins Innere des Landes, entstand die Grundlage der späteren «Kolonie Senegal». 1628 errichtete die «normanische Kompanie», die unter der Herrschaft von Richelieu von Händlern aus Dieppe und Rouen gegründet wurde, ihr erstes Handelskontor an der Flussmündung. Später, 1638, wurde dieses auf die Insel Bocos verlegt, und nach einem Abkommen mit dem lokalen Herrscher Brak du Waalo 1659 auf die Insel N'dar, ebenfalls im Mündungsgebiet des Senegal, wo daraufhin die Festung «St. Louis» gebaut wurde. Danach rief Ludwig der Vierzehnte die «Compagnie du Senegal» ins Leben, deren ausdrückliches Ziel das Einsammeln von Sklaven in dieser Region war, um mit ihnen die Zuckerrohrplantagen zu versorgen, die gerade auf den Inseln Martinique und Guadeloupe nach dem englischen Modell von Jamaika aufgebaut wurden.

Von da an wurden nach und nach Festungen wie James Toll, Matam, Bakel, St. Joseph de Galam usw. entlang des Flusses Senegal mit den als «Faktorien» bezeichneten Handelsniederlassungen gebaut und mit Schiffen versorgt. Entlang des weiter südlich gelegenen Flusses Gambie gingen die Engländer ähnlich vor. In diesen Festungen, wie auch entlang der ganzen Küste, verkauften die Franzosen den afrikanischen Königreichen die unterschiedlichsten Waren wie Metalle, Glas, Pferde, Waffen oder Baumwolle aus Indien im Tausch gegen Sklavinnen, die im Laufe von kriegerischen Konflikten und Razzien in der ganzen Region gefangen genommen wurden. Die Nachfrage nach Sklavinnen und die Gewinnversprechen, die den lokalen Herrschern gemacht wurden, schürten unaufhörlich die Kriege zwischen ihnen, wodurch die grossen afrikanischen Königreiche zerfielen: In der Region zwischen den Flüssen Senegal und Gambie sagten sich die Herrscher von Cayor und Baol von dem Königreich Djolof los, ebenso weiter südlich die Herrscher von Sine und Saloum. Weiter im Lande-

sinnern sind es die Herrscher von Galam und Khasso, die sich, um direkt mit den Europäern Handel treiben zu können, vom Königreich der Bambara von Kaarta lossagten. Von da an, zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert, waren die Küsten und Flussränder unaufhörlich von Gefangenen-Karawanen durchzogen und grosse Sklavenmärkte entstanden z.B. in Joal an der Küste, in Bakel am oberen Senegal oder in Medine, wenige Kilometer von Kayes entfernt.

Trotz des blühenden Handels waren Engländer und Franzosen vom guten Willen der in den afrikanischen Königreichen herrschenden Eliten abhängig, die durchaus die französischen Händler hoch besteuern oder auch ihre Handelskontore zerstören konnten

## Ende der Sklaverei?

Der Sklavenhandel löste heftige Revolten aus, wie z.B. in der Region Fouta am mittleren Senegal, wo 1776 die islamische Revolution «toroодо» versucht, dem Sklavenhandel auf dem Senegal ein Ende zu bereiten. Schliesslich erreicht die Sklaverei ihre Grenze erst 1791 in Amerika, als es auf der französischen Insel Santo Domingo auf den Antillen – dem Schmuckstück unter den Sklavenhalter-Plantagen dieser Zeit – zum Generalaufstand der Sklaven kommt.

Als im 19. Jahrhundert die Sklaverei nach und nach verboten wurde, entstand an ihrer Stelle eine neue Form der Ausbeutung: Anstatt endlos versklavte Arbeitskräfte nach Übersee zu deportieren, um die Produktion landwirtschaftlicher Güter zu gewährleisten, verlegen die französischen und europäischen Handelsgesellschaften ihren Schwerpunkt auf neue Rohstoffe, deren Produktion von den afrikanischen Bauern selbst gewährleistet werden kann. Neue lukrative Handelswaren ersetzen den Sklavenhandel: zuerst die Kautschuk-Produktion und später die Nutzung der Erdnusspflanze, die bald zur dominanten Kultur in der ganzen Region wird. Als Antwort auf die modernen industriellen Bedürfnisse Europas, beginnt in der Mitte des 19. Jahrhunderts eine neue Periode: die französische Kolonisation West-Afrikas.

## Abreise aus Senegal

Ich erinnere mich an einen dieser Abende in Dakar, als ich mich in den kleinen Innenhof jener Familie begab, die mich in Guédiawaye beherbergte. Vor laufendem Fernseher tranken wir Tee und palaverten miteinander. Die Fernsehmoderatoren des senegalesischen Staatssenders freuten sich über die pompös inszenierte Ankunft des

Kriegsherrn Jean-Yves Le Drian, seines Zeichens französischer Außenminister, der gekommen war, um Verträge über die künftige Ausbeutung der Öl- und Gasfelder durch Frankreich zu unterzeichnen – Öl- und Gasfelder, die vor der Küste Senegals entdeckt worden waren. Meine Gastfamilie machte sich ganz offensichtlich keine Illusionen darüber, dass einmal mehr die Ressourcen ihres Landes durch die französische Regierung geplündert werden. Nur Wut und Ohnmacht waren zu spüren. Ganz gleich wie später in Mali, wo allen klar ist, dass hinter den Nebelwänden und dem ganzen Medientheater rund um den Krieg gegen den Terrorismus mehr Investoren denn je sich gegenseitig auf die Füsse stehen, um die Gold- und Uranminen des Landes auszubeuten. Seit dem Jahr 2000 explodiert die Zahl der erteilten Lizenzen förmlich. Ich werde das hier nicht weiter ausführen, auch wenn es sehr viel dazu zu sagen gäbe.<sup>4</sup>

## Unterwegs nach Kayes in Mali

Nun denn, um auf meine Reiseabenteuer zu sprechen zu kommen: Schliesslich habe ich Dakar in Richtung Mali verlassen. Nach einer «denkwürdigen» Nachtfahrt in einem Bus voller Menschen und Waren, die ganz Westafrika zum Ziel hatten, traf ich in Kayes ein, einer Stadt an den Ufern des Senegal. Wie schön, hier sowohl einem nahen Freund wieder zu begegnen wie auch einer Sprache, dem Bambara, von der ich inzwischen das Allernotwendigste verstehe! Die Region Kayes ist bekannt für seine Minen und als wichtigstes Herkunftsgebiet der malischen Migrantinnen in Frankreich. Nicht wenige meiner Freunde und deren Verwandten kommen aus den Dörfern der Region. «Kirané-sur-Seine» ist das Ziel meiner Reise. Doch zunächst bewegen mich hier in Kayes Fragen zur französischen Kolonisierung. Es sind diese Fragen, die meinen Blick auf die Stadt lenken, auf ihren riesigen stillgelegten Bahnhof und die alten kolonialen Gebäude.

Schon bevor ich ankam, war mir bekannt, dass Kayes früher die administrative und militärische Hauptstadt von «Französisch Sudan» gewesen war, ohne mir allerdings im Klaren zu sein, wie weitgehend die Stadt ihre Existenz dem französischen Kolonialismus verdankt. Als ich die kleine Bibliothek von Kayes durchstöberte und die Abhandlung eines malischen Geografen<sup>5</sup> überflog, erfuhr ich, dass Kayes – die Stadt, nicht das kleine Dorf, das dort vorher schon bestand – aufgrund militärstrategischer Empfehlungen Gallienis gegründet wurde.

Ja, Gallieni, der Monsieur des

berühmten Verkehrskreisels im Osten von Paris, Endstation der Linie 3 der Pariser Metro, Einkaufszentrum und riesiges Autobahnkreuz. Dort, wo seit ein paar Wochen ein improvisiertes Notlager besteht von um die hundert Vertriebenen der Volksgruppe der Baras, in ihrer Mehrzahl MalierInnen, die sich seit Jahren, nämlich seit ihrer Ankunft in Frankreich kurz nach der militärischen Operation Barkhane in Mali und dem Gemetzel in Libyen<sup>6</sup> von Hausbesetzung zu Hausbesetzung, von Vertreibung zu Vertreibung hangeln. Vor gut hundert Jahren war Gallieni – zusammen mit Faidherbe – der berühmteste General der Marineinfanterie und Namensgeber für die Truppen der Kolonialarmee. Sehr bald geriet in Vergessenheit, dass mit den Namen von Faidherbe und Gallieni, nach denen unzählige Plätze und Strassen in den Vororten benannt sind, das Andenken an Militärs bewahrt wird, welche die französische Kolonisierung Westafrikas angeführt hatten. Als ich davon erzählte, erinnerte mich ein Freund an eine alte Diskussion vor zehn Jahren im Dou, einem besetzten Haus des einstigen Kollektivs der Sans-Papiers von Montreuil in der Region von Paris. Damals wurde ich eben mit der ganzen Kolonialgeschichte bekannt. Und die Freunde waren ob meinem Erstaunen amüsiert, dass wir in unseren links regierten Städten und somit in unserer Umgebung noch eine *Rue Faidherbe* oder eine Metrostation *Gallieni* haben konnten. Die brutale Wirklichkeit der Kolonisierung ist unübersehbar, wenn man in Senegal oder Mali geboren ist, und so unsichtbar für all die «guten Franzosen», die inzwischen sogar behaupten können, dass es Afrika sei, das sie «heimsuchen».

Zehn Jahre später schreibe ich diese Zeilen, um der Ignoranz etwas entgegenzuhalten. Denn selbst in politischen Kreisen, die sich fortschrittlich und radikal nennen und ihre Bibliotheken mit Hunderten von politischen Büchern füllen, ist die Unbedarftheit gegenüber der Kolonialgeschichte, so scheint es mir, nie grösser gewesen als heute. Natürlich könnte man einwenden, das sei doch nun Schnee von gestern. Doch für die französischen Offiziere, die heute in Westafrika aufmarschieren, und auch für Teile der französischen Elite bleiben Faidherbe und Gallieni geistige Väter, wenn nicht gar Helden – und die Urväter des RIMA, des Marine-Infanterieregiments, sowie des RPIMA, des Fallschirmjäger-Regiments der Marineinfanterie, und all der anderen Einheiten der Marineinfanterie der französischen Streitkräfte, deren

Motto noch heute lautet: «Im Namen Gottes. Es lebe die Kolonialarmee!»<sup>7</sup>

## Ein Blick zurück

Um den Imperialismus Frankreichs und die noch heute andauernde Kolonisierung Westafrikas zu verstehen, drängt es sich auf, einen Blick zurück zu tun. Einen Blick zurück ins 19. Jahrhundert, als an die Stelle des französischen Sklavenhandels neue Handels- und Wirtschaftsinteressen traten, die nicht weniger abscheulich waren. Wenige Kilometer von Kayes entfernt und nur fünfzig Meter von einem ehemaligen Sklavenmarkt steht eine Festung, die 1855 von den Franzosen erbaut wurde: Medine, ein anschauliches Bild für diesen Wandel.

Auf einer kleinen Felsnase über dem Senegalfluss erinnert das alte Fort an die lange Geschichte der französischen Kolonisierung Westafrikas. Medine ist heute nur mehr ein kleines Dorf, etwa tausend Kilometer von der Mündung des Senegal in den Atlantik entfernt. Dort hatten die Franzosen zwei Jahrhunderte zuvor die Stadt Saint-Louis-du-Sénégal gegründet, um sich mit Sklaven eindecken zu können. Laut dem malischen Historiker Sekene Mody Cissoko lebten in Medine Mitte des 19. Jahrhunderts um die 10'000 Menschen, und die Stadt war damals eine der wichtigsten Sklaven- und Warenmärkte Westafrikas.

Die Geschichte dieser Region, die man auch das Khasso<sup>8</sup> nennt, ist reich und komplex. Ich kenne sie nur bruchstückhaft. Erinnert sei an Wagadu, Sundiata Keita, das Malireich, das Reich der Songhai, die Fulbe von Fouta, das Königreich der Bambara von Kaarta... Eine lange, lange Geschichte, die aus den Schulbüchern des Abendlandes völlig getilgt worden ist und doch von Reichen erzählt, deren Glanz und Ruhm damals bis nach Mekka ausstrahlten. Erwähnt sei hier, dass im 19. Jahrhundert, zum Zeitpunkt der kolonialen Eroberung, das Khasso in fünf kleine Königreiche geteilt war und dass eines davon, Dembaya, zu jener Zeit dank einer Allianz mit den französischen Händlern die anderen Königreiche zu dominieren begonnen hatte. Dessen König Hawa Demba hatte eine seiner Töchter mit einem Händler der Handelskompanie von Galam verheiratet. So kam es, dass die Franzosen und ihre Hilfstruppen jedes Jahr zur Zeit des Hochwassers den Senegal bis nach Medine, ihrer Hauptstadt, hochfuhren. Hier tauschten sie ihre Waren, insbesondere Waffen, Metalle, Pferde und Stoffe, gegen Sklaven und andere «Kriegsgefange-

ne» und folgten so demselben Muster wie die Franzosen weiter flussabwärts.

Das Khasso war für sie von riesigem wirtschaftlichen und strategischen Interesse, war es doch das oberste mit dem Boot erreichbare Gebiet vor den Gouina-Fällen, die eine Weiterfahrt per Boot flussaufwärts verunmöglichten. Die Schiffe der Händler zogen die Leute der näheren Umgebung an, die Handel treiben wollten, aber auch Menschen aus fernerer Gegenden, aus dem Herzen Westafrikas, zu dem die Europäer damals noch keinen Zugang hatten. Dies erklärt die wichtige Rolle, die Medine für die französischen Militärs in ihrer schrittweisen Eroberung Westafrikas einnahm. Neben dem Sklavenhandel weckten zunehmend andere «Ressourcen» des Sahels die Gier der Europäer.

## Handel mit Gummiarabikum

Um zu verstehen, warum Westafrika von den Franzosen kolonisiert wurde, muss man sich mit diesen «neuen wirtschaftlichen Ressourcen» beschäftigen, insbesondere mit einer davon: dem Gummiarabikum, das heute in seiner Rolle verkannt wird. Die Saftkugeln, die durch das Einkerbigen der Borke einer Vielzahl der im ganzen Sahel verbreiteten Akazienarten entstehen, dienten seit Menschengedenken – und bis dafür künstliche Ersatzstoffe gefunden wurden – als natürliches Bindemittel und Emulgator für Nahrungsmittel. Die vielfältigen Wirkungen des Gummiarabikums, insbesondere auch beim Raffinieren von Rohrzucker, mach-

ten aus ihm zudem eine Handelsware, die von den Zuckerrohrpflanzern und Sklaventreibern in Nord- und Südamerika nachgefragt wurde. Im Zuge der industriellen Revolution wurde Gummiarabikum in immer vielfältigeren Produkten verwendet, etwa in Tinte und Aquarellfarben, in Sirupen und Süßwaren. Die Nachfrage explodierte, so dass es zum äusserst rentablen Handelsgut wurde, rentabler noch als Sklaven. Alleine von Medine aus wurden Mitte des 19. Jahrhunderts durch französische Händler jährlich fünfhundert Tonnen eingetauscht und Richtung Küste verschifft. Doch entlang des Senegalflusses wurde der Handel damals von den arabischen Emiraten Trarza und Brakna kontrolliert, die nördlich des Flusses auf dem Gebiet des heutigen Mauretaniens lagen. Sie stellten eine ausreichend furchterregende Kriegsmacht dar, so dass sie mit den Franzosen auf Augenhöhe Handel treiben konnten. Sie waren bis dahin – wie die Franzosen – in den Sklavenhandel verstrickt und wandten dieselben Praktiken an, indem sie verheerende Razzien gegen die schwarzafrikanische Bevölkerung in ihren Dörfern durchführten. Mit der Schwächung des französischen Sklavensystems wurde allerdings der Handel in Westafrika rabiat in Frage gestellt.

Ende des 18. Jahrhunderts kam es im Zuge der Französischen Revolution auch zu Massenaufständen der Sklaven auf den Antillen, insbesondere auf Santo Domingo, dem Sklavenhalter-«Juwel» des französischen Kolonialreiches. Hier wurde zu jener Zeit mehr als die

Hälfte der weltweiten Menge an Zucker produziert. Verzweifelt versuchte Napoleon, die Kontrolle über die Insel wiederzuerlangen und die Sklaverei erneut zu etablieren, und sandte zu diesem Zweck Zehntausende Soldaten, die letztlich aber scheiterten. In Folge dessen musste der grösste Teil der französischen Plantagenbesitzer die Insel verlassen. Sie taten dies hauptsächlich in Richtung der spanischen Insel Kuba, nach New Orleans und in die benachbarten amerikanischen Kolonien, wo die Sklavenwirtschaft mit Tabak, Zucker und Baumwolle zu jener Zeit kräftig wuchs.

Damals zeichnete sich zwischen Napoleons Kaiserreich und den angelsächsischen Kolonien in Amerika, die sich eben vom Gängelband Grossbritanniens befreit hatten, eine intensive wirtschaftliche und diplomatische Annäherung ab, basierend auf dem Import von Tabak und Baumwolle durch Frankreich – beides Produkte der Sklavenwirtschaft – und dem gemeinsamen Kampf gegen die britische Krone, welche die amerikanischen Kolonien, die sich für unabhängig erklärt hatten, zurück zu erobern versuchte. Um die wirtschaftliche Grundlage dieser Allianz zu untergraben, entschieden sich die Engländer im Jahr 1808, den Sklavenhandel zu verbieten, ein Wirtschaftsgebaren, das in protestantischen Kreisen immer mehr kritisiert wurde. Dieser Entscheid, der in den Geschichtsbüchern bis heute auf das Lobbying gegen die Sklaverei und die «Seelengrösse» der Angelsachsen zurückgeführt wird, war in Tat und Wahrheit das Ergebnis eines strategischen Kalküls der Engländer im Krieg gegen das Kaiserreich Napoleons, um den Zufluss von Arbeitskräften nach Amerika zu unterbinden und die Patrouillen im Atlantik durch Kriegsschiffe der Royal Navy zu rechtfertigen.

Siete Nubes



Patrick Saytour, Möbel Nr. 17, 1985

4. Camille de Vitry berichtet darüber sehr fundiert in ihrem Buch «L'or nègre» («Das schwarze Gold»), éditions Tahin Party und in ihrem Dokumentarfilm «Le prix de l'or» (Der Preis des Goldes).

5. Kayes et le Haut Sénégal – les étapes de la croissance urbaine, Rokiatou N'Diaye Keita, Editions populaires, Bamako, 1972.

6. Siehe die Reportage von Télébocal: [telebocal.org/actu/les-baras/](http://telebocal.org/actu/les-baras/).

7. Aktueller «Zufall»: Auch Lecointre, der neue Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte, kommt aus dem 3. Marine-Infanterieregiment und hat, neben anderen Aufgaben, im Auftrag Frankreichs und der Europäischen Union die Restrukturierung der malischen Armee koordiniert.

8. Khasso war der Name des Gewandes aus Wolle, das die Fulbe trugen, die Mitte des 16. Jahrhunderts die Region bevölkerten. Nach einem grossen Aufstand gegen die Elite der Malinke jener Zeit errichteten sie das Königreich von Khasso, das seit Anbeginn eigene Traditionen und eine eigene Sprache hervorbrachte: das Khassonke.

# Die Rückeroberung der Zukunft

**Das letzte Wiener Festival «Literatur im Herbst», das im November 2017 stattfand, eröffnete der Schweizer Regisseur, Theaterautor und Essayist Milo Rau. Rau wurde für die Saison 2018/19 zum Intendanten des Nationaltheaters Gent (Belgien) berufen. Dort will er ein auf internationale Tourneen spezialisiertes «globales Volkstheater» etablieren. Wir drucken hier den ersten Teil seiner Rede, in der er sich vor allem mit seinen aktuellen Projekten, dem «Kongo Tribunal» sowie dem an der Berliner Schaubühne organisierten «Weltparlament» beschäftigt.**

Liebe Freundinnen und Freunde, die letzten zwei Wochen bin ich mit meinem aktuellen Film «Das Kongo Tribunal – die Dokumentation eines zivilgesellschaftlichen Tribunals», das wir im ostkongolesischen Bürgerkriegsgebiet gegen die lokale Regierung, die UNO, die Weltbank und die grossen multinationalen Rohstoffkonzerne durchgeführt haben – durch Deutschland, die Schweiz und Belgien gereist.

Als wir den Film im Juli im Ostkongo in den Bürgerkriegsstädten und Minendörfern zeigten, überreichten die Zuschauer unseren Untersuchungsrichtern und mir, kaum war der Film vorbei, Beweisfotos und schriftliche Zeugenaussagen, sie berichteten vom weiteren Verlauf der Wirtschaftsverbrechen und Massaker, die wir in unserem Film dargestellt hatten – oder von ganz anderen Fällen, deren wir uns annehmen sollten. Denn seit 1996 sind im dortigen Bürgerkrieg, der in Wahrheit ein Krieg um das in der ostkongolesischen Erde liegende Coltan und Gold ist, mehr als 7 Millionen Menschen gestorben in über 1000 Fällen von Massenverreibungen, Massenvergewaltigungen, oder einfach von – absichtlicher und planmässiger – Unterversorgung.

Wenn wir unseren Film in Hamburg, in Berlin, in Brüssel, in Zürich oder in Genf vorführen, geschieht Vergleichbares: Die Zuschauer kommen zu uns, erzählen von ähnlichen Fällen, fast jede schweizer, belgische, deutsche Firma ist in ein Verbrechen gleichen oder grösseren Massstabs verwickelt wie die zwei Firmen, die wir in dem Film porträtierten. Da fallen Namen wie Monsanto, Glencore, VW, KiK, und je länger man zuhört, desto stärker wird das Gefühl, dass wir alle in einem Alptraum leben, nur eben bei vollem Bewusstsein. Und das war auch das Schlussfazit, das der österreichische Journalist Robert Misik zog, einer der Stenographen unserer Weltparlaments, der so genann-

ten «General Assembly», die vor drei Wochen in Berlin stattfand – ein Parlament all jener, die von europäischer Politik betroffen sind, in unseren Parlamenten aber kein Mitspracherecht haben. Robert Misik hörte sich also drei Tage lang, 20 Stunden lang die Aussagen von Textilarbeiterinnen aus Bangladesh, von Automobilherstellern aus Brasilien, von kongolesischen Minenarbeitern an, und sagte: Das Weltparlament ist kein Ort der Träumer, sondern der Alpträumer. So schrecklich, so absurd, so ungerecht ist die Welt, in der wir leben.

Der Titel dieser Rede lautet «Die Rückeroberung der Zukunft» – denn der Alptraum, von dem ich spreche, hat es an sich, dass er sich nicht nur in die Vergangenheit erstreckt, wie die üblichen Alpträume, von denen man in der Schule hört, sondern auch in die Zukunft. Lassen Sie mich das erklären. Um im Ostkongo eine Mine zu öffnen – also von der Entdeckung der Mine bis zu jenem Tag, an dem der Abbau mit allen Maschinen, Belüftungsanlagen, Unterkünften, Versorgungsketten usw. losgehen kann – vergehen im Schnitt 12 Jahre. Der finanzielle Aufwand dafür beträgt mehrere Milliarden Dollar, Kosten, die sich wegen des Bürgerkriegs oft zu einem Mehrfachen multiplizieren. Zum einen schränken diese Summen die Mitbewerber auf wenige europäische und nordamerikanische Firmen ein – im ostkongolesischen Minensektor gibt es beispielsweise nur eine einzige Firma, die Gold abbaut: die kanadische Firma

BANRO, die in meinem Film «Das Kongo Tribunal» im Zentrum steht. Der Neoliberalismus, einst angetreten gegen staatliche Monopole, gefeiert als der grosse Befreier, verhasst als der grosse Deregulierer – denn aus der Zerschlagung der kongolesischen Minenindustrie durch die Weltbank in den 80ern ist BANRO, eine Investmentfirma, überhaupt erst ins Goldgeschäft gekommen – der Neoliberalismus also steht heute nicht mehr für den freien Wettbewerb, sondern meint ein fast absurd monopolistisches System, das an die mittelalterliche Kirche erinnert; ein Wirtschaftssystem, das nicht nur von den Milizen lokaler Regierungen, sondern auch von den Regulierungs- und schliesslich Ethik-Gesetzen europäischer und amerikanischer Parlamente gestützt wird, die mit absurden Auflagen die lokalen Produzenten in die Illegalität stossen. Im Fall des 2010 vom amerikanischen Kongress verabschiedeten Dodd-Frank Act, eines Regulierungsgesetzes, das Kinderarbeit, die Arbeit von schwangeren Frauen etc. in kongolesischen Minen untersagte, verloren geschätzte 2 bis 5 Millionen Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Job in den Minen.

Realismus – realistische Politik, realistische Kunst – kann also nur sein: Jenen Stimmen zu lauschen, die Bescheid wissen – und damit die eigene Sicht der Dinge in Bewegung zu bringen. Was uns aus der Entfernung, eingeschlossen in unsere eigenen Logiken, richtig erscheint, ist oft komplett falsch. Die Gegenwart hat es an sich, den Zeitgenossen zwingend, ja hermetisch zu erscheinen, insbesondere in der heutigen Welt, in der alles, könnte



Tsibi Geva, Thistle, 1987

## ABONNEMENT

○ Ich abonniere «Archipel» und überweise für ein Jahresabonnement den Betrag von 60 sFr, 40 Euro auf Konto:  
**Schweiz:** Europäisches BürgerInnenforum PC 40-8523-5  
**Deutschland:** Europ. Kooperative, Raiffeisenbank, Malchin, BLZ 15061698, Konto 201084194  
 Vermerk: Archipel oder EBF  
**Österreich:** Konto EBF, Posojilnica-Bank, Eisenkappel, IBAN: AT70 3910 0000 0805 5451  
 BIC: VSGKAT2K

○ Ich bestelle ..... Exemplare von Archipel zum Vertrieb  
 ○ Senden Sie 3 Nr. probeweise an beiliegende Adresse

Bitte mit ihrem Namen und Adresse an eine unserer Adressen schicken. Danke

man sagen, «vorbestimmt», da auf Profit getaktet ist. Kommen wir noch einmal zur ostkongolesischen Minenindustrie: Der springende Punkt ist nicht die Gier oder die Amoralität der Rohstoffkonzerne selbst – die kleinen Schürfer sind genauso gierig, und das zeigen wir auch in unserem Film – sondern die komplexen Aktienfonds und Anlegersstrukturen, die hinter diesen Konzernen stecken. Denn können die investierten Milliarden, das hat mir ein Minenmanager von BANRO erzählt, nicht innerhalb von 3 Jahren wieder amortisiert werden, bricht zuerst die Firma, dann der Fonds, dann die jeweilige Rohstoffbörse zusammen – und Europa und die USA stecken in einer Finanzkrise.

Rette sich wer kann, für alle Beteiligten: Da bleibt keine Zeit, um vor Ort Infrastruktur, Bildung, überhaupt irgendetwas Längerfristiges aufzubauen, denn an der Stabilität des Marktes hängt ja unser eigener Reichtum, der Reichtum unserer Wohlfahrtsstaaten und damit letztlich unsere Demokratie. Gleichzeitig ist die Gegenwart, der ganze Glanz unserer Tage, der Alltag und letztlich der Sinn des Lebens von Milliarden von Menschen und Milliarden von anderen Lebewesen im Zeitalter des Finanzkapitalismus nur noch ein Übergangsraum, in dem die Zukunft sich zu realisieren hat. Denn die Zukunft ist verkauft, bevor sie stattgefunden hat – unsere, die Aufgabe der Zivilgesellschaft ist es, sie zurück zu erobern.

Rede von Milo Rau, aufgezeichnet von Alexander Behr, FCE Österreich